

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Jürgen Eberwein

Abg. Jörg Baumann

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Maximilian Deisenhofer

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)

Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder - Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken (Drs. 19/6803)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf wieder um etwas Ruhe bitten, und dann hat der Kollege Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über ein topaktuelles Thema,

(Anhaltende Unruhe)

weil Sie die Frage nach dem Erhalt Ihrer Bäder

(Glocke des Präsidenten)

in den Kommunen werden beantworten müssen. In den nächsten Wochen werden Sie mit Sicherheit gefragt. Wir reden buchstäblich über ein Thema, das über Leben und Tod entscheiden kann: das Schwimmenlernen. Wir reden über Orte, die für Zusammenhalt, Gesundheit und Lebensqualität stehen: unsere kommunalen Hallenbäder. Über die Hälfte der rund 870 öffentlichen Schwimmbäder im Freistaat sind sanierungsbedürftig oder dringend sanierungsbedürftig. Zwischen 2019 und 2022 wurden mindestens 15 Bäder endgültig geschlossen, und jedes einzelne davon ist eine regionale – zumindest eine regionale – Katastrophe für die Kommune, für Vereine, Verbände, Schulen, Kinder und Familien.

Gleichzeitig hat sich die Zahl der Grundschulkinder, die nicht schwimmen können, seit 2017 von 10 auf 20 % verdoppelt. Im vergangenen Jahr sind in Bayern 70 Menschen ertrunken. Das ist trauriger bundesweiter Rekord, der in diesem Jahr wahrscheinlich noch übertroffen wird.

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag, dass der Freistaat eine Modellregion einrichtet, in der endlich eine Bedarfsplanung für Hallenbäder erstellt wird; denn aktuell gibt es keine einzige koordinierte Übersicht und kein Konzept, wo Hallenbäder fehlen, wo Sanierungen am dringendsten sind und wo die Schulen ihren Schwimmunterricht überhaupt noch planen können. Wir wollen, dass vorhandene Einrichtungen erfasst werden, dass Schülerzahlen, Schulstandorte, Entfernungen und Fahrtkosten berücksichtigt werden und dass daraus gemeinsam mit den Kommunen vor Ort ein realistischer Plan entsteht.

Die Kosten dieser Planung soll selbstverständlich der Freistaat tragen; denn wenn der Staat Schulschwimmen an Schulen vorschreibt, dann muss er auch dafür sorgen, dass die Kinder überhaupt irgendwo schwimmen lernen können. Das ist der Grundsatz der Konnexität, der bei den Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN in Vergessenheit geraten ist. Bei der Konnexität höre ich, zuletzt in den Ausschüssen, immer wieder das gleiche Mantra der CSU: Das ist Sache der Kommunen. – Ich habe außerdem gehört: Eine Bedarfsplanung sei gar nicht nötig, die Kommunen wüssten selbst, was sie brauchen. – Ja, natürlich wissen sie das; aber es fehlt Geld und die Gesamtübersicht, wo Versorgungslücken entstehen, wo Gemeinden gemeinsam planen können, wo sich eine interkommunale Lösung, ein Zweckverband, eine Defizitvereinbarung lohnt. Wenn jeder nur in seinen Gemeindegrenzen denkt, dann schließen am Ende alle das Bad und niemand lernt mehr schwimmen. Genau deshalb brauchen wir eine Modellregion, damit Kooperation nicht zufällig passiert, sondern koordiniert und unterstützt.

Hinsichtlich der Kosten stelle ich fest: Der Unterhalt eines Bades ist teuer, das ist keine Frage; aber Nichtstun ist noch teurer. Wir als SPD fordern deshalb eine Modell-

region Mittelfranken – da könnte man auch einen anderen Bezirk einsetzen, aber ich komme halt aus Mittelfranken –,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist wenigstens ehrlich! – Allgemeine Heiterkeit)

eine transparente Bedarfsplanung, eine verlässliche Förderung für Sanierung und Betrieb und eine Übertragung des Modells auf ganz Bayern. In Mittelfranken ist ein großer Teil der Hallenbäder sanierungsbedürftig, und zwar dringend sanierungsbedürftig.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Im Landkreis Fürth beispielsweise stehen gleich mehrere Hallenbäder vor massiven Problemen oder wurden bereits geschlossen, darunter das Hallenbad Langenzenn, das Bibert Bad in Zirndorf und das Hallenfreibad in meiner Heimatgemeinde Wilhermsdorf. Im Anschluss fordern wir natürlich eine zügige Anwendung auf ganz Bayern.

Abschließend weise ich noch einmal darauf hin: Sie werden alle – egal, von welcher Partei – die Frage beantworten müssen, wo die Kinder in Zukunft schwimmen lernen sollen, wenn die Bäder geschlossen sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Während sich der nächste Redner, Jürgen Eberwein für die CSU-Fraktion, auf den Weg macht, gebe ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Freiheit und Privatsphäre schützen – Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern", Drucksache 19/5959, bekannt: Mit Ja gestimmt haben 26 Abgeordnete, mit Nein gestimmt haben 114 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

– Herr Kollege Eberwein, Sie haben das Wort.

Jürgen Eberwein (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag wurde bereits in zwei Ausschüssen abgelehnt, und zwar mit Recht und auch sehr gut begründet. Der Antrag hat schon in den Ausschüssen für ein bisschen Verwunderung gesorgt. Es erschließt sich mir nicht, warum er jetzt ins Plenum hochgezogen wurde, aber gut.

(Anna Rasehorn (SPD): Es könnte ja die Erleuchtung kommen!)

Sie beantragen also, dass der Freistaat Bayern ein paar Kommunen in Mittelfranken quasi an die Hand nimmt und für sie die Schwimmbadplanung übernimmt. Stichwort kommunale Selbstverwaltung: Wie verbindlich könnte so etwas rechtlich überhaupt sein? Aber gut. Selbst wenn das verfassungsrechtlich irgendwie gehen würde – was hätte das für einen Sinn? Das ist doch Humbug. Das Ministerium, besser: die Ministerien – es sind mehrere Ministerien beteiligt, zum Beispiel an dem ganzen Schulschwimmen – müssten erst einmal ermitteln bzw. sich berichten lassen, zum Beispiel darüber: Wie viele Schüler sind an den verschiedenen Schulen, die einen Schwimmunterricht bekommen sollen? Welche Trainingszeiten werden dafür benötigt? Welches Personal bei der Lehrerschaft oder extern steht zur Verfügung? Gibt es vor Ort Schwimmvereine oder Sportvereine mit Schwimmabteilungen, die Trainingszeiten brauchen? Gibt es vor Ort DLRG oder Wasserwacht, die Trainingszeiten brauchen? Welcher Bedarf an Wasserflächen ergibt sich daraus?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Richtig, genau!)

Welche Bäder, welche Wasserflächen sind bereits vorhanden? Wie ist der Sanierungszustand? In welchem Zustand sind die? Wie ist die Anbindung, zum Beispiel an den ÖPNV? Welche Gemeinde wäre überhaupt bereit, ein Bad zu bauen oder zu modernisieren? Und, und, und.

Das alles müssten die Ministerien erst mal erheben und ermitteln. Dann würden sie am Runden Tisch wahrscheinlich vor der Karte sitzen und sagen: Da würde sich ein Bad anbieten. Da könnten wir es bauen. – Ist das tatsächlich Ihr Ernst? Das ist doch Unsinn! Wofür brauchen wir da den Freistaat Bayern?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen vor Ort wissen doch am besten, wie die genannten Voraussetzungen sind, die ich jetzt gerade aufgezählt habe, welche Bedarfe sich daraus ergeben, welche Wünsche es dahin gehend gibt, welche Kommune gegebenenfalls bauen würde usw. Die Kommunen können entsprechende Vereinbarungen treffen, Verträge schließen, Zweckverbände bilden – Sie haben es selber angesprochen –, interkommunale Gesellschaften bilden usw. Noch mal die Frage: Wofür brauchen wir da den Freistaat Bayern? Den braucht es dazu nicht. Das wäre auch das Gegenteil von Entbürokratisierung und Deregulierung.

Und dann soll das nur für eine Region in Mittelfranken sein, für eine Modellregion, Pilotregion. Diese Bedarfe bestehen ja in ganz Bayern. Das würde also einen Präzedenzfall schaffen, der aus meiner Sicht nicht sinnvoll ist.

Sie fordern auch wieder Geld: 50 % der Betriebskosten soll der Freistaat übernehmen. Es vergeht ja kaum eine Woche, in der die SPD nicht mehr Geld für dieses und jenes fordert. Das haben wir ja heute wieder in der Debatte zur Regierungserklärung gehört. Sie sagen aber natürlich nicht, wo das Geld herkommen soll

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Anna Rasehorn (SPD):
Doch!)

oder wo es an anderer Stelle wieder gestrichen werden soll. Das kommt von Ihnen nicht.

(Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

In Bayern gibt es über 860 öffentliche Bäder. Da sind natürlich alle Bäder dabei, das ist schon klar. Aber da zeigt sich schon, dass es völlig absurd wäre, dass der Freistaat die Betriebskosten in Höhe von 50 % in ganz Bayern übernehmen könnte. Das ist echt absurd. Das wäre ein Fass ohne Boden.

Für Bau und Sanierung von Bädern des Freistaats Bayern gibt es eine Förderung des Freistaats Bayern bislang noch in einem Sonderprogramm, zum Beispiel für Freibäder, aber auch im Rahmen des FAG für schulisch notwendige Wasserflächen. Für interkommunale Projekte, Herr Kollege, gibt es sogar einen Aufschlag im FAG. Da gibt es sogar zusätzliche Förderung.

Also: Der Vorschlag ist unsinnig, bürokratisch, ungerecht und nicht mal annähernd finanzierbar. Deswegen empfehle ich wie in den Ausschüssen die Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Wir haben das in den Ausschüssen besprochen. Der Antrag wurde zweimal abgelehnt. Der Kollege Eberwein hat das gerade eben völlig sachlich, völlig richtig dargelegt. Wir brauchen hier nicht nach dem Motto zu verfahren: Es ist alles gesagt, nur nicht von jedem. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Hauber für die FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Harry Scheuenstuhl, der Antrag ist toll. Warum ist er toll? – Weil du dich dafür in deinem Stimmkreis feiern lassen willst. Das verstehe ich sehr wohl.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wird nicht reichen!)

Du forderst eine Modellregion, natürlich in deinem engsten Kreis. Deine Heimatkommune und drei weitere Kommunen sind aufgeführt.

Warum ist der Antrag abzulehnen, obwohl er so toll ist? – Kollege Eberwein hat es gesagt: Diese Bedarfsplanung machen die Kommunen. In meiner Heimatgemeinde haben wir vor zwei Jahren die Bedarfsplanung durchgeführt für ein Hallenbad. Die Kosten sind errechnet worden für ein Schulschwimmbecken, vier Bahnen, ein kleines Planschbecken und eine energieeffiziente Heizung und Außenhaut. Kosten: 21 Millionen Euro, 6 Millionen Euro Kostenförderung vom Staat. Betriebskosten: jährlich 800.000 Euro.

Man kann sich also ausrechnen, was so ein Hallenbad kostet. Es scheitert in der Regel an der Finanzierung. Die Kommunen können es sich nicht leisten, und darum machen sie es auch nicht, egal ob man jetzt eine Modellregion macht oder nicht. Rechnen wir das hoch. Du möchtest die Hälfte der Betriebskosten erstattet haben. 800.000 Euro wären es bei unserem Bad gewesen, also 400.000 Euro für ein Hallenbad. In Bayern gibt es laut Bäderatlas 449 Hallenbäder. Das heißt, wenn man das hochrechnet, wären das rund 180 Millionen Euro an Betriebskosten, die der Freistaat zuschießen sollte.

Dann stellt sich die Frage: Warum nur Betriebskosten für Hallenbäder? Es gibt auch Freibäder, Sportanlagen oder Sporthallen. Wenn man da überall diese Betriebskosten übernehmen würde, wäre das ein Fass ohne Boden. Da wäre die Kommunalmilliarde schnell aufgebraucht. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor

(Anna Rasehorn (SPD): Von wem wohl?)

vom Kollegen Harry Scheuenstuhl.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Jetzt hast du ihn provoziert!)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich kann es nicht besser machen als der Kollege von der CSU und jetzt der Kollege von den FREIEN WÄHLERN, um die Problematik aufzuzeigen. Sie haben genau gesagt, was in dem Antrag drinsteckt und wo das Problem ist. Man fängt mit der kleinsten Stufe an und sagt: Was könnten wir tun? Wie könnten wir uns orientieren? Wie könnten wir eine Zusammenarbeit organisieren? – Ich bin nicht von oben hergekommen und habe gesagt: Macht sofort einen Zuschuss, macht sofort das, sondern da soll geprüft werden, wo der Bedarf ist.

Wenn wir als Freistaat Bayern fordern, dass die Kinder schwimmen lernen, dann ist es doch nur recht und billig, wenn wir da mithelfen. Die Betriebskosten würden sich nur auf die Bereiche des Schulschwimmens beziehen, nicht auf die Freizeitbadbereiche. Das wird die Kosten reduzieren. Aber ja, das Problem, wie schwierig das ist, ist ganz klar aufgezeigt worden. Ich hoffe, dass alle dann Antworten haben.

Es ist mein Heimatbereich, das stimmt. Es könnte auch jeder andere sein. Ich habe es im Ausschuss auch gesagt: Da kenne ich mich halt aus. Da weiß ich, wovon ich rede. Ich kann ja nicht über etwas sprechen, wo ich völlig blank bin. Wenn jemand das wissen will, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte kommen Sie zum Ende!

Harry Scheuenstuhl (SPD): – kann er das gern von mir einfordern.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Noch mal: Der Freistaat muss diese Bedarfsplanung nicht machen. Das kann jede Kommune machen. Die weiß, wie viele Schulen sie als Sachaufwandsträger hat. Dann kann ich ausrechnen, wie viele Sportstunden möglich wären. Dann errechne ich, wie viele Schwimmbahnen ich bräuchte. Das haben wir gemacht, das hat die Stadt Weißenburg gemacht. Genauso können es eure vier Kommunen auch machen. Da wird sich herausstellen: Jawohl, sie hätten Bedarf, vielleicht für ein etwas kleineres Hallenbad.

Aber aus meiner Sicht ist es einfach nicht mehr finanzierbar, nicht mehr zeitgemäß im Zuge des Klimawandels und in Bezug auf die Energieeffizienz. Man will nicht CO₂ produzieren. Darum sind Hallenbäder heutzutage einfach nicht mehr zeitgemäß. Ich glaube, es werden immer mehr Hallenbäder geschlossen, weil die Kommunen und auch der Freistaat sie sich nicht leisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt noch der Kollege Max Deisenhofer. Bitte, Sie haben das Wort.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss ich dem Kollegen Hauber gleich am Anfang widersprechen. Ich glaube schon, dass wir auch zukünftig Hallenbäder brauchen, wenn wir ernst meinen, was bei uns im Lehrplan steht, nämlich dass jedes Kind am Ende der vierten Klasse schwimmen können soll. Das werden wir allein mit Freibädern nicht schaffen. Es gibt durchaus Kommunen, wo, wenn man es clever macht und man sich zusammentut, auch im Moment Neubauten möglich sind. Vor einigen Wochen hat in meinem Heimatlandkreis Günzburg die Einweihung eines neuen Hallenschwimmbades stattgefunden.

(Michael Hofmann (CSU): Ganz ohne den Freistaat?)

Da würde ich jetzt nicht den Abgesang auf die Hallenbäder insgesamt starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu dem SPD-Antrag: Diesem werden wir wie schon in den Ausschüssen zustimmen. Ich glaube, ursprünglich gab es eine entsprechende kommunalpolitische Initiative von meiner Kollegin Barbara Fuchs. Die SPD hat diese auf ganz Mittelfranken ausgeweitet. Man kann sicherlich eine solche Modellregion bilden. Ob sie Mittelfranken oder sonst eine Region umfasst, ist eher zweitrangig.

Mir ist es wichtig, dass wir grundsätzlich, abseits von solchen eher kleinteiligen Diskussionen, die Schwimmfähigkeit insgesamt in Bayern noch einmal in den Blick nehmen. Da fällt halt immer wieder der große Sanierungsbedarf von inzwischen über 2 Milliarden Euro ins Auge, den wir bayernweit verzeichnen. Diese Lasten tragen vor allem unsere Kommunen.

Ich frage mich schon, warum eigentlich CSU und FREIE WÄHLER im zuständigen Ausschuss sogar einen Berichtsantrag, in dem es nur darum ging, festzustellen, wie hoch im Moment der Sanierungsbedarf ist, abgelehnt haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass man das Ausmaß, das die Problematik inzwischen angenommen hat, gar nicht sehen will, um mit alten Zahlen, die längst überholt sind, argumentieren zu können.

Das Schwimmen in Schulen wäre das zweite Thema. Zum einen fehlt es auch da oft an der Infrastruktur; wir haben einfach zu wenige Schwimmflächen. Zum anderen fehlt es an Lehrkräften mit Schwimmschein. Daher noch einmal der Aufruf an das Kultusministerium, entsprechende Anreize zu setzen, damit es genug Lehrkräfte gibt, die das am Ende auch machen wollen, und die Gruppen klein genug sind.

Wir haben doch jüngst erlebt, welche Sportbegeisterung es in Bayern, gerade in München, gibt. Wir haben uns hier mit dem Bürgerentscheid zu den Olympischen Spielen auf den Weg gemacht. Was wir uns nicht leisten können, ist, dass wir uns um die

Austragung der Olympischen Spiele bewerben – und vielleicht sogar den Zuschlag erhalten –, aber unsere Kinder nicht schwimmen können. Deswegen bleibt das eine Dauerbaustelle; man muss an mehreren Stellen mehr als bisher tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der SPD-Antrag kann einen kleinen Beitrag leisten. Deshalb werden wir ihm wie im Ausschuss auch zustimmen. Aber, wie gesagt, bitte nicht das große Ganze aus den Augen verlieren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, so ungefähr zumindest. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.